

INHALT

Bundestagswahl 2017	1
Anschlag auf Büro	3
Arbeitslosenparlament	4
Mindestlohns für Pflegekräfte	5
Aktionstag am 31. Mai	6
Aus der Arbeit des Bürgerbüros	6
Fachkräftemangel?	8
Danke!	9
Magnus Poser	10
Termine	12

Steffen Harzer: Mit Herz und Schnauze für Südthüringen

DIE LINKE.

Nach den Wahlergebnissen vom 24.09. wird eines klar - es braucht mehr denn je eine starke LINKE! in den Parlamenten, in Initiativen und vor Ort! Wer gegen den Rechtsruck und für eine friedliche, solidarische und gute Zukunft kämpfen will - der muss das mit uns tun! Jetzt erst recht!

Danke

allen unseren Wählerinnen und Wählern,
Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern,
Unterstützerinnen und Unterstützern.
100% sozial, auch nach der Wahl!

DIE LINKE.

**Wir haben alles gegeben,
am Ende wollte keine
Freude aufkommen
angesichts des
Ergebnisses.**

Jetzt erst recht.

Mitglied werden!

DIE LINKE.

www.die-linke.de/mitmachen

Hennig Wellsow: "Unser erbitterter Widerstand gilt dem erstarkten Rechtsextremismus."

Zum Ausgang der Bundestagswahl 2017 erklärt die Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE in Thüringen, Susanne Hennig-Wellsow:

DIE LINKE hat geschlossen und stark gekämpft und bundesweit zugelegt. Unseren GenossInnen, FreundInnen und WählerInnen danke ich herzlich! Sie sind der Anker für linke Politik in der Zukunft, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität steht. Eine starke Linke ist heute nötiger denn je. Das Ergebnis der Thüringer LINKEN stimmt uns nicht zufrieden. Nach bisher fünf Mandaten wird DIE LINKE. Thüringen nunmehr nur mit drei Abgeordneten im Bundestag vertreten sein. Ich gratuliere den drei wiedergewählten Abgeordneten Martina Renner, Ralph Lenkert und Kersten Steinke! Dass das Ergebnis für den Wiedereinzug von Frank Tempel

und Sigrid Hupach nicht gereicht hat, ist für uns ein starker Verlust und Rückschlag - wir verlieren mit ihnen im Parlament zwei hoch kompetente Fachleute.

Wir werden weiterhin für soziale Gerechtigkeit streiten und die dringenden Fragen nach der Gleichstellung der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zwischen Ost und West, zwischen Männern und Frauen, höhere Löhne, existenzsichernde Renten und Bildungsgerechtigkeit beantworten. Erfreulich ist, dass es am Wahlabend eine ganze Reihe von Neueintreten in unsere Partei gab - bundesweit, aber auch hier in Thüringen. Unser erbitterter Widerstand gilt dem erstarkten Rechtsextremismus."



Martina Renner
Bürgerbüro
Eugen-Richter-Straße 44
99085 Erfurt

Telefon: 0361/78 92 81 40

martina.renner@die-linke-thueringen.de

www.martinarenner.de



Ralph Lenkert
DIE LINKE. Jena
Markt 4
07743 Jena

Telefon: 03641/23 16 06

info@ralph-lenkert.de

www.ralph-lenkert.de



Kersten Steinke
DIE LINKE. Thüringen
Erfurter Straße 22
06567 Bad Frankenhausen

Telefon: 03 46 71/551 11

Fax: 03 46 71/551 12

info@kersten-steinke.de

www.kersten-steinke.de

Anschlag auf Büro von drei Abgeordneten der Linksfraktion in Erfurter Innenstadt



In der Nacht zum heutigen Dienstag ist fast die gesamte Fensterfront des gemeinsamen Wahlkreisbüros „linksKontakt“ der LINKE-Landtagsabgeordneten Karola Stange, André Blechschmidt und Ronald Hande in der Erfurter Innenstadt mit Pflastersteinen eingeschlagen worden. Vermutlich handelt es sich um einen Anschlag mit rechts-extremem Hintergrund, denn die Steinwürfe zielten auf Plakate gegen Rechts. Die Abgeordneten der Linksfraktion haben bereits Anzeige erstattet; die Polizei hat den Vorgang aufgenommen und Spurensicherung durchgeführt.

„Diese gewaltsame Aktion ist offenkundig Werk von Aggressionsgesteuerten, Feiglingen und Dummköpfen, die keine Argumente für die politische Diskussion haben. Es ist ein weiterer hinterhältiger Anschlag in einer ganzen Serie von Übergriffen auf Büros von LINKE-Politikern in Deutschland. Diese sind Resultat einer Stimmung, wenn Menschen aufgewiegelt und zum Hass angestachelt werden. Wenn solche Gewalttäter denken, wir würden unsere Bürgernähe durch solche Taten aufgeben, haben sie sich getäuscht. Wir bleiben bei unseren

grundsätzlichen Positionen und unserem politischen Ziel, allerorts für eine solidarische, gerechte, demokratische und tolerante Gesellschaft zu streiten“, so die drei Abgeordneten.



Arbeitslosenparlament mit Rekordteilnahme im Landtag



„Die Tagung des Thüringer Arbeitslosenparlaments im Erfurter Landtag, an der 180 Menschen teilgenommen haben - so viele wie noch nie -, hat mich stark beeindruckt“, sagt nach Beendigung der Tagung Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Die Erwerbslosen hatten den Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Bundestag aus verschiedenen Parteien, für die LINKE Anke Hofmann-Domke, ihre Fragen gestellt „und brachten zugleich unmissverständlich ihre Meinung ein“, so die Abgeordnete weiter. Dabei sei es vor allem um Maßnahmen zur Verhinderung von Altersarmut und mehr Möglichkeiten für öffentlich geförderte Beschäftigung gegangen. Auch das Thema armutsfeste soziale Grundsicherung ohne Sanktionen habe eine Rolle gespielt.

Mit Verweis auf die Ausführungen von Heike Werner, Ministerin für Arbeit und Soziales, vor dem Arbeitslosenparlament betont Frau Leukefeld: „Die

Ministerin hat sehr konkret zu den bisher erreichten Ergebnissen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik unter Rot-Rot-Grün in Thüringen gesprochen und viel Zustimmung gefunden. Die Gäste von Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen aus anderen Bundesländern äußerten sich beeindruckt und machten deutlich, dass Thüringen beweise, Veränderungen sind möglich, wenn es Mehrheiten für eine andere Politik gibt.“ Bewegt hat die LINKE-Politikerin auch die Aussage einer Teilnehmerin, die gleich nach der Wende arbeitslos geworden war. Erst habe es geheißen, ihre Kinder seien zu klein, dann, sie sei zu lange aus dem Arbeitsleben. Schließlich sagte man, sie sei zu alt. Erst jetzt habe sie durch die öffentliche geförderte Beschäftigung die Chance bekommen, wieder einer Arbeit nachgehen zu können. Dafür sei sie sehr dankbar.

In einer gemeinsamen Erklärung, die einstimmig verabschiedet wurde, forderten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Erhöhung des Regelsatzes bei Hartz IV, die Einführung einer Kindergrundsicherung in Höhe von 500 €, eine realistische Arbeitsmarktstatistik, ein Programm für öffentlich geförderte Beschäftigung durch den Bund nach dem Thüringer Beispiel und eine gerechte Steuerpolitik, um das finanzieren zu können. „Diese Forderungen bestärken die LINKE in ihrem Bemühen um eine ehrliche Politik für Beschäftigte und Erwerbslose. Dazu gehört auch die Notwendigkeit nach Umverteilung des Reichtums in der Gesellschaft“, so Ina Leukefeld abschließend.

Kritik an Zunahme der Leiharbeit

„Leiharbeit, die im offiziellen Sprachgebrauch als Zeitarbeit bezeichnet wird, ist für DIE LINKE keine dauerhafte Option“, unterstreicht Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Die Abgeordnete fordert erneut von der Bundesregierung wirksame Regelungen gegen Leiharbeit.

Aus den Antworten einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung geht hervor, dass in Thüringen Zeitarbeit stark zugenommen hat. Diese Entwicklung hat auch eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag bestätigt. Der Anteil von Leiharbeitskräften ist den Angaben zufolge in Bremen und Thüringen besonders hoch. Während der Anteil bundesweit bei 2,7 Prozent liegt, wird er in Thüringen mit 3,9 Prozent ausgewiesen.



Fortsetzung S.5

„Laut Antwort der Landesregierung auf meine Anfrage sind im Juni 2016 sogar 4,1 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Bereich Arbeitnehmerüberlassung beschäftigt gewesen. Interessant ist auch die stabile Entwicklung der Leiharbeitsbranche in Thüringen: In den letzten fünf Jahren sind zwischen 460 und 487 Verleihbetriebe etabliert, das sind etwa 5 Prozent aller Thüringer Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten“, so Leukefeld. Nach Thüringen pendelten nach Kenntnis der Landesregierung im Jahr 2016 7.577 LeiharbeiterInnen ein und 5.671 aus. Das waren 11,3 Prozent aller EinpendlerInnen und 4,5 Prozent aller AuspendlerInnen. Ein hoher Anteil von ALG I-BezieherInnen (17,8 Prozent) und Hartz-IV-Betroffenen (28,4 Prozent) wurde in Leiharbeit vermittelt.

„Leiharbeit ist eine höchst bedenkliche Form prekärer Beschäftigung, geprägt durch kurze, sich aneinander reihende Arbeitsverhältnisse mit niedrigen Löhnen. Der Durchschnittslohn in der Leiharbeit liegt bei gerade einmal 58 Prozent des allgemeinen Durchschnittslohns. In Zahlen heißt das, 1.816 Euro gegenüber 3.133 Euro pro Monat bei Vollzeittätigkeit, so die Aussagen bundesweit. Wir werden uns an der Seite der Gewerkschaften dafür einsetzen, dass Leiharbeit begrenzt wird. Wer gute Fachkräfte haben will, muss dafür attraktive Arbeitsbedingungen schaffen, die eine Perspektive bieten, und faire Löhne zahlen, das zeigt die Praxis“, so die Linkspolitikerin abschließend.

Hintergrund:

Leiharbeit hat nach Zahlen der Bundesregierung im vergangenen Jahr weiter zugenommen. Im Dezember 2016 gab es mit 993 000 fast eine Million Leiharbeitskräfte, 4,4 Prozent mehr als 2015. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN hervor. Seit 2003 habe sich die Zahl sogar verdreifacht.

Mini-Schritt in die richtige Richtung

Die Bundesregierung beschloss heute eine Verordnung zur Anhebung des Mindestlohns für Pflegekräfte zum 01.01.2018 um 55 Cent auf dann 10,05 Euro für Beschäftigte im Osten bzw. um 35 Cent auf dann 10,55 Euro im Westen. Bis 2020 soll in mehreren Stufen der Pflege Lohn um weitere 80 Cent in Ost und West angehoben werden. Hierzu erklärt Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Zeit wird es! Die bessere Bezahlung von Pflegekräften ist dringend nötig. Daher ist zu begrüßen, dass der Pflegemindestlohn mit der heutigen Verordnung endlich steigt und somit die Arbeit der Pflegekräfte auch in Thüringen eine größere Wertschätzung erfährt. Nach Schätzungen des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie verdienen die insgesamt rund 15.000 Pflegehilfskräfte im Freistaat bisher deutlich weniger. Durch die Einführung eines Mindestlohns kann jetzt das Lohnniveau steigen.“

Es bleiben aber die eklatanten Lohnunterschiede zwischen Ost und West, die auch durch den heutigen Beschluss nur leicht angeglichen werden. Die Praxis zeigt, dass Pflegekräfte z.B. in Südthüringen bis zu 500 Euro weniger verdienen als ihre Kolleginnen und Kollegen in Bayern und Hessen. „Angesichts dieser Unterschiede“, so Leukefeld, „braucht sich über die anhaltende Abwanderung von Pflegekräften in den Westen keiner zu wundern. Hier hilft der heutige Beschluss nicht weiter, denn er

zementiert die Lohnunterschiede zwischen Ost und West über 2020 hinaus. Deswegen bleibt es Aufgabe einer verantwortlichen Arbeits- und Sozialpolitik, die unsinnigen Lohnunterschiede schnell aufzulösen und für bessere Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte zu sorgen. Wer gut qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte will, muss für diese auch etwas tun.“

Die Bundesrepublik braucht, darüber sind sich die Fachexperten einig, in Zukunft bis zu 100.000 zusätzliche Fachkräfte in der Pflege. Um das zu finanzieren, hat DIE LINKE in ihrem Bundestagswahlprogramm vorgeschlagen, den Pflegevorsorgefonds aufzulösen und in einen Pflegepersonalfonds umwandeln. „Zusätzliche Pflegekräfte können so regulär beschäftigt und besser bezahlt werden. Der Pflegeberuf muss gerade auch in Thüringen attraktiver werden“, betont Ina Leukefeld.



Aktionstag am 31. Mai: „Pendleraktion-Rente“



Mehr als 300.000 Bürgerinnen und Bürger hat der DGB bei der „Pendleraktion-Rente“ am 31. Mai über die Forderungen der DGB Rentenkampagne #RenteMussReichen informiert. Mit einer bundesweiten Pendler-Aktion mobilisierte der DGB zum Mitmachen, damit die Rente wieder für ein gutes Leben reicht.

Auf dem Meiningener Marktplatz informierte der DGB zum Thema Rente. Wir waren vor Ort, um den Kolleginnen und Kollegen zu zeigen, wir erklären uns solidarisch und unterstützen sie in ihrem Anliegen

Aus der Arbeit des Bürgerbüros

(1) - Thüringerwald-Verein 1880 e.V. Benshausen erhält Scheck der Alternativen 54 e.V.

Große Freude herrschte bei den Mitgliedern des Thüringerwald-Vereins, Zweigverein Benshausen, als sie erfuhren, dass sie für die Durchführung des 20. Hüttenmusikantentreffens eine Zuwendung der Alternative 54 e.V., in Höhe von 300 Euro entgegennehmen können. Dem Südthüringer Landtagsabgeordneten und Bürgermeister von Benshausen, Ronald Hande, war es ein großes Bedürfnis, sich auch dieses Mal, für die Vereinsarbeit in seiner Gemeinde einzusetzen und mit einer Spende zu unterstützen.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag haben es sich zur Aufgabe gemacht, einen Teil ihrer Diätenerhöhung zu spenden. Dazu hat die Fraktion den Verein Alternative 54 e.V. gegründet. Der Name steht für den Artikel 54 in der Thüringer Verfassung, in dem die Diätenerhöhung der

Abgeordneten geregelt ist. Der Verein spendet das Geld an gemeinnützige Vereine und Verbände - in der Summe bisher über eine Million Euro. Ein Teil davon hat nun zu einem sehr gelungenen Hüttenmusikantentreffen beigetragen.



(2) - Abgeordneter Hande übergab Spende an Blinde und Sehbehinderte

Große Freude herrschte bei den Mitgliedern des Blinden- und Sehbehindertenverbandes der Ortsgruppe Schmalkalden, als sie dieser Tage einen Scheck in Höhe von 350,00 Euro aus den Händen von Ronald Hande (MdL) entgegennehmen konnten. Das Geld soll vor allem für die Mitgliederbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden, informierte Vorsitzender Wolfgang Leffler. Seit vielen Jahren organisiert der Ortsverband aus dem Inklusionsgedanken heraus „Miteinander Leben - voneinander lernen“ Informationsveranstaltungen in Kindergärten und Schulen, um so auf die Schwierigkeiten der Blinden- und Sehbehinderten aufmerksam zu machen.



(3) - Bürgerbüro öffnet in Brotterode

Ab sofort steht ein weiteres Bürgerbüro des Landtagsabgeordneten Ronald Hande für die Anfragen und Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern offen. Am 15.09.2017 eröffnete der Abgeordnete vor zahlreichen Gästen die Außenstelle des Bürgerbüros Schmalkalden in Brotterode-Trusetal in der Schmalkalder Straße 35.

Ronald Hande erklärte, dass das Bedürfnis nach Klärung von individuellen Anliegen und Problemen bei vielen Bürgerinnen und Bürgern groß sei. Das zeige sich unter anderem an der hohen Anzahl an Petitionen, welche der Petitionsausschuss bei jeder



Sitzung behandle. Hande freue sich daher, mit der neuen Außenstelle seines Büros in Brotterode, eine weitere Anlaufstelle anbieten zu können. Das Bürgerbüro wird von den Mitarbeitern Andreas Döll und Ilona Schaft jeden Mittwoch und Freitag in der Zeit von 13 bis 16 Uhr betreut.



Fachkräftemangel? Arbeitsbedingungen verbessern!

Gute Pflege braucht dringend mehr Personal, gute Arbeitsbedingungen eine gute Entlohnung

Bundesregierung verantwortlich für Pflegenotstand und miserable Arbeitsbedingungen

Veröffentlicht: 12. September 2017 Aktionstag Händedesinfektion

„Pflegerinnen und Pfleger arbeiten bis zum Umfallen und trotzdem ist die Gesundheit der Patientinnen und Patienten gefährdet, weil es einfach zu wenig Personalstellen gibt“, erklärt Achim Kessler, Spitzenkandidat der hessischen LINKEN für den Bundestag. „Ich unterstütze den heutigen Aktionstag ‚Händedesinfektion‘ der Gewerkschaft ver.di, bei dem sich die Pflegekräfte die vorgeschriebene Zeit zur Desinfektion nehmen sollen, insgesamt etwa zwei Stunden pro Schicht. Dafür haben sie nämlich sonst, aufgrund des Personalmangels, kaum die Zeit.“

Die Linke fordert die sofortige Einstellung von 100.000 zusätzlichen Pflegekräften in den Krankenhäusern und eine gesetzliche Regelung für die Personalbemessung. In Norwegen kommen auf 100 Patientinnen und Patienten 42,9 Pflegerinnen und Pfleger, in den Niederlanden sind es 29,8. In Deutschland müssen sich dagegen durchschnittlich 12,3 Pflegerinnen und Pfleger um 100 Patientinnen und Patienten kümmern. Das sind unhaltbare Zustände! Nach der Einführung der Fallpauschalen, haben die Krankenhausbetreiber beim Personal gespart, um ihre Gewinne zu erhöhen. Damit muss Schluss sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, Freunde und Mitstreiter, im Gesundheitswesen hängt gute Versorgungsqualität zu großen Teilen davon ab, ob genug fachlich qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Dieser Zusammenhang ist vielfach wissenschaftlich nachgewiesen und wurde nun auch von der Expertenkommission »Pflegepersonal im Krankenhaus« anerkannt (Hickey et al. 2011; Aiken et al. 2010; Schlussfolgerungen Expertenkommission vom 7. März 2017). Deshalb fordert ver.di sowohl für die Beschäftigten im Krankenhaus als auch in der Altenpflege eine verbindliche, bundeseinheitliche gesetzliche Personalbemessung.

Für mich als Betriebsrätin der Elisabeth Klinikum Schmalkalden GmbH sind die Auswirkungen des Personalmangels im Krankenhaus deutlich spürbar. Die Kolleginnen und Kollegen leisten jährlich Überstunden im dreistelligen Bereich. Erholungsphasen durch dienstfreie Zeiten werden regelmäßig unterbrochen, durch Einsätze für erkrankte Kolleginnen und Kollegen. Eine Verstetigung erhöhter Ausfallzeiten und vermehrt Langzeiterkrankungen sind allgegenwärtig und Folge dieser Personalpolitik - ein "Teufelskreis". Fachkräftemangel, kürzere Verweildauer im Beruf und fehlender Nachwuchs in der Pflege ist, gerade für ein kleines Haus in einer ländlich geprägten Region, besorgniserregend. Sind dort die Krankenhäuser oft "Rettungsanker" für unsere Bürger, aufgrund fehlender Facharztpraxen.

Die Arbeitgeber bundesweit müssen ihre Hausaufgaben machen, um den Fachkräftebedarf auch in Zukunft zu sichern. Die Politik steht in der Verantwortung, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um unsere Bürger auch zukünftig qualitativ hochwertig und menschenwürdig zu pflegen.

Die Arbeitgeber bundesweit müssen ihre Hausaufgaben machen, um den Fachkräftebedarf auch in Zukunft zu sichern. Die Politik steht in der Verantwortung, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um unsere Bürger auch zukünftig qualitativ hochwertig und menschenwürdig zu pflegen.

Constanze Kühn



Danke!

Unser Wahlkampf basierte und basiert zu einem wesentlichen Teil auf Spenden von Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten. Die große Spendenbereitschaft vieler hat dabei geholfen, ein Gegengewicht zu schaffen zu den Millionen-Großspenden, die insbesondere Union und FDP von Unternehmerverbänden, Großaktionären und reichen Gönnern zugeschustert bekamen.

Scharfer Protest der antifaschistischen Vereinigung VVN-BdA: 6000 Neonazis treffen sich in Themar – und keiner ist verantwortlich

Die VVN-BdA hat mit Empörung und Erschrecken die Vorgänge um das wohl größte Rechtsrockkonzert an diesem Wochenende im thüringischen Themar verfolgt. Unter dem Schutz von 1000 Polizisten traten auf Einladung offen neofaschistischer Organisatoren Musikgruppen auf, die mit ihren menschenverachtenden Texten und Musikstücken Rassismus und Fremdenfeindlichkeit propagieren und die wie die Gruppe „Stahlgewitter“ Verbindungen zum verbotenen Netzwerk „Blood and Honor“ haben. Dieses Konzert wurde zu einem Anziehungspunkt für Neonazis nicht nur aus Thüringen, sondern aus Deutschland und dem europäischen Ausland.

Wir fragen die politisch Verantwortlichen in Thüringen: Wie kann es sein, dass der Bürgermeister der Gemeinde, der sich klar gegen dieses Treffen ausgesprochen hat, und die Kreisverwaltung von der thüringischen Kommunalaufsicht alleine gelassen worden sind bei der gerichtsfesten Vorlage eines Widerspruchsbescheids? War man dort überhaupt nicht an einem gerichtlichen Verbot interessiert? Welche Rolle spielt der thüringische Verfassungsschutz, der zwar über Russlandkontakte Thüringer Neonazis Bescheid weiß, aber keine verbotsrelevanten Fakten zu diesem Treffen

zusammentragen konnte? Hat sich – trotz neuer Leitung – die „kooperative“ Haltung gegenüber der extremen Rechten, die sich so unsäglich bei den NSU-Morden gezeigt hat, nicht geändert? Was ist von einem Thüringischen Innenminister zu halten, der keine Anstalten unternimmt, ein solches Treffen zu verhindern und sich stattdessen vom Verwaltungsgericht ermächtigen lässt, mit seiner Polizeitruppe den „ruhigen Ablauf“ zu gewährleisten, so wie eine Woche zuvor beim G20 – Treffen in Hamburg?

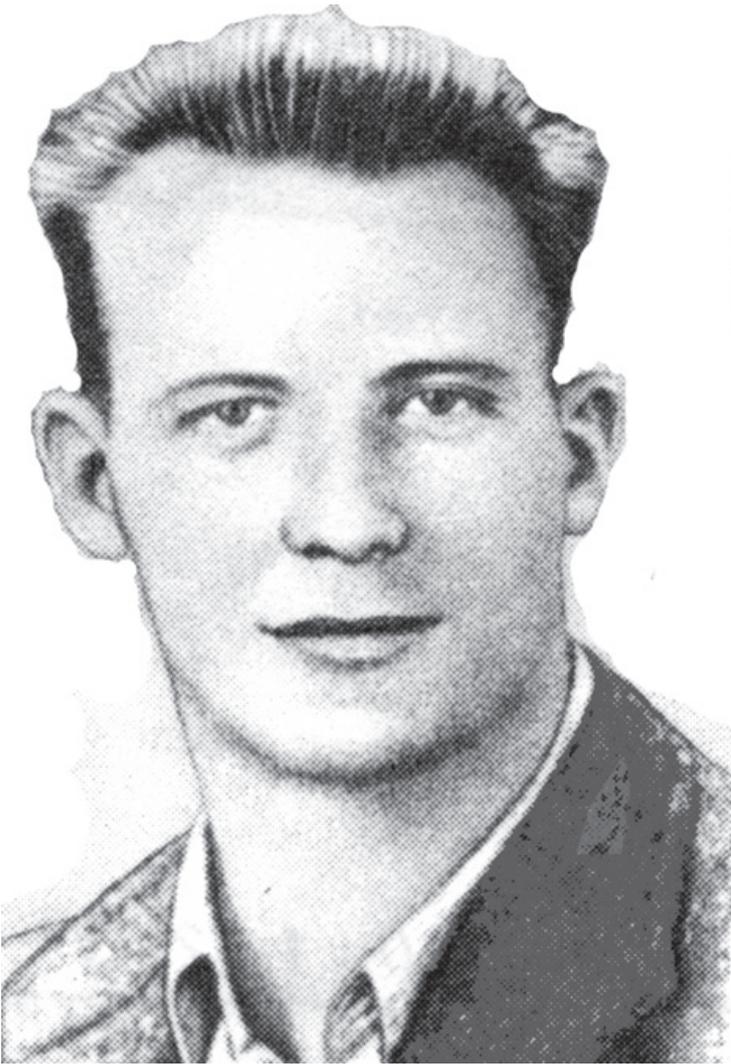
Wir erwarten von den politischen Kräften in Thüringen, dass sie dieses skandalöse Vorgehen nicht verdrängen („Schön, dass es vorbei ist!“), sondern politische und juristische Handlungsstrategien entwickeln, die eine Wiederholung eines solchen Neonazikonzertes ausschließen.

Die VVN-BdA wird mit ihren Kräften weiterhin den gesellschaftlichen Widerstand gegen solche neofaschistischen Provokationen unterstützen.

Dr. Ulrich Schneider
Für den Sprecherkreis der VVN-BdA

Office: Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin
bundesbuero@vvn-bda.de

Erinnerung an den Widerstandskämpfer Magnus Poser zum 105. Geburtstag



Magnus Poser 26.01.1907 – 21.07.1944

In meiner Heimatstadt Zella-Mehlis erinnert eine Straße, die seinen Namen trägt, an den aufrechten Antifaschisten Magnus Poser.

Der 27. Januar, vor 67 Jahren wurden die Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee befreit, ist seit Jahren der Nationale Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.

Was verbindet Magnus Poser mit unserer Stadt und meinen Eltern Hans und Else Raßmann?

Von der ersten Stunde des sich formierenden faschistischen Herrschaftssystems an gehörten sie zu den entschiedensten Gegnern der Naziregimes. Gemeinsam mit anderen Antifaschisten in Thüringen, so auch in Zella-Mehlis und Jena beschlossen sie, als illegale Gruppe aktiven Widerstand zu leisten, Solidarität zu organisieren, Losungen und Flugblätter gegen den Faschismus herzustellen und zu verbreiten. Ein eingeschleuster Spitzel der Gestapo, der als Bezirkskurier der KPD tätige Erich Thieme aus Erfurt, verriet über 200 Antifaschisten aus ganz Thüringen, darunter auch meine Eltern, Hans und Else Raßmann aus Zella-Mehlis, die alle in das erste KZ in Thüringen nach Bad Sulza in „Schutzhaft“ genommen wurden. Im KZ Bad Sulza lernten meine Eltern Magnus und Lydia kenne. Lydia war mit meiner Mutter in einer Zelle in der sogenannten Frauenabteilung und wusste, dass meine Eltern bei den Verhören die Aussagen ver-

Fortsetzung S.11



Elke Pudszuhn

Fortsetzung von S.10

weigert hatten und man ihnen mit „dauernder Schutzhaft“ drohte.

Über den Austausch von Kassibern zwischen meinem Vater und meiner Mutter, die Magnus über Lydia organisierte, ist es ihnen gelungen ihre Aussagen vor den Gestapo abzustimmen um das Strafmaß eventuell zu verringern. Auf diesem Wege wurden auch Informationen über politische Ereignisse und über Zu- und Abgänge aus dem KZ weitergeleitet. Magnus Poser gehörte im KZ zur illegalen Parteileitung und er unternahm alles, um den Gefangenen Mut und Zuversicht zu geben, Solidarität zu üben, wie viele Inhaftierte später bestätigten.

Von der Verhaftung im November 1933 bis zur Verurteilung im Mai 1934 vor dem Oberlandesgericht Jena wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ im KZ Bad Sulza, mussten sie nun ihre Haftstrafen (Magnus 2 J. 3 Mon.: Lydia 2 J.; Hans 2 J. 3 Mon.; Else 2 J.) „absitzen“. Poser und Raßmann kamen in das Landesgefängnis Ichttershausen, die Frauen in das Frauengefängnis Gräfentonna und danach nach Hohenleuben.

Auch im Gefängnis Ichttershausen entwickelte Magnus mit anderen Kameraden unter den politischen Gefangenen ein solidarisches Netzwerk, in dem Informationen ausgetauscht und Hafterleichterungen für schwächere Häftlinge organisiert wurden.

Nach der Entlassung aus den Gefängnissen heirateten Magnus und Lydia im September 1936, zwei Jahre später kam Tochter Ruth zur Welt. Beide kannten sich schon lange aus gemeinsamer politischer Arbeit. Lydia Orban (1909 - 1984) in einer Arbeiterfamilie in Heidersbach geboren, lebte seit 1912 in Jena.

Für beide stand die Fortsetzung ihres Widerstandes gegen das Naziregime auch nach der Haftentlassung außer Frage. Die veränderten Verhältnisse verlangten jedoch auch eine neue Form und Richtung des illegalen Widerstandes. Sie standen unter Beobachtung und mussten sehr umsichtig wieder Kontakte knüpfen.

Es gehört zu den großartigen Leistungen Posers, dass es ihm trotz Haft und polizeilicher Überwachung gelang, eine Widerstandsorganisation in Jena zu errichten und Verbindungen zu vielen Orten, auch nach Zella-Mehlis zu meinen Eltern aufzubauen.

1941 begann die illegale Zusammenarbeit mit Theo Neubauer und ab 1942 entwickelte die „Neubauer – Poser - Gruppe“ direkte und indirekte Kontakte zu anderen Widerstandsorganisationen

in Deutschland bis hin zur militärischen Opposition um Claus Graf Schenk von Stauffenberg und dem Kreisauer Kreis.

Beim letzten Treffen Posers in Zella-Mehlis zu Pfingsten 1944 übergab Magnus die letzten Flugblätter „Brief an die gefangenen Rotarmisten, Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen“ in russischer Sprache, die er in einem von ihm gefertigten Tablett versteckt hatte. Am 14. Juli 1944 wurden Magnus und Lydia Poser verhaftet und in das berüchtigte Weimarer Gestapogefängnis eingeliefert. Lydia kam nach zwei Tagen wieder frei und konnte alle Verbindungsleute zu den Gruppen in Thüringen von der Verhaftung in Kenntnis setzen und warnen. Poser wusste, dass die Gestapo ihm unter allen Umständen ein Geständnis abpressen wollte. Um dieser Gefahr zu entgehen, unternahm er in der Nacht vom 20. zum 21. Juli 1944 einen Fluchtversuch, bei dem er von mehreren Schüssen getroffen und schwer verletzt aufgegriffen wurde. Die Gestapo transportierte ihn ins Krankenrevier des KZ Buchenwald, wo die Gestapo mit einer Befragung begann. Auf die drängenden Fragen des Gestapo-Mannes antwortete Poser für alle gut vernehmbar: „Grüßt mir meinen Freund Theo Neubauer!“ Danach wurde er operiert, verstarb aber an den Folgen seiner schweren Verletzungen.

Viele Antifaschisten verdanken Magnus Poser und seinem mutigen Schweigen ihr Leben. Er kämpfte gegen den Hitlerfaschismus, erwies sich im illegalen Widerstand als ausgezeichnete Organisator und hatte durch seinen lauterer Charakter viele Freunde, nicht nur unter den Genossen. Er opferte sein Leben für ein neues Deutschland, das verdient unsere uneingeschränkte Achtung.

Es gab mal eine Schule, die seinen Namen trug, jetzt ist es das Heinrich-Erhardt-Gymnasium, aber im „Volksmund“ bleibt es die „Poserschule“, wenn die Rede darauf kommt.

In Zella-Mehlis erinnern die Straßen Magnus Poser, Theo Neubauer, Karl Zink und der Marcel Callo – Platz an Opfer der Nazierrschaft.



Elke Pudszuhn

Im IV.Quartal gartulieren wir:

2.10. zum 55. Egbert Schmidt, Meiningen
 4.10. zum 81. Marga Albrecht, Brotterode-Trusetal
 10.10. zum 86. Hans-Günther Weilepp, Schmalkalden
 22.10. zum 83. Gotthard Großer, Meiningen
 26.10. zum 82. Edelgard Ott, Benshausen
 20.11. zum 90. Alfred Frank, Floh-Seligenthal
 28.11. zum 83. Gisela Reichel, Zella-Mehlis
 30.11. zum 82. Hans-Dieter Hergert, Einhausen
 10.12. zum 76. Renate Kieper, Meiningen
 12.12. zum 86. Margot Rzeznik, Schmalkalden
 21.12. zum 77. Matthäus Hildebrand, Walldorf
 21.12. zum 93. Günter Reinhardt, Schmalkalden
 26.12. zum 91. Werner Döhner, Fambach
 27.12. zum 82. Gisela Rothämel, Meiningen

Impressum:

DIE LINKE. Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung
 von Patrick Beier (V.i.S.d.P.)
 Tel. (03693) 8853531
 rgeschaefstsstelle@die-linke-schmalkalden-
 meiningen.de

www.die-linke-schmalkalden-meiningen.de

Konto:

IBAN: DE04 8405 0000 1706 0135 46
 BIC : HELADEF1RRS

Termine:**Kreisparteitag**

21. Oktober 2017
 09:00 – 15:00 Uhr
 Schmalkalden, Raststätte "Asbacher Straße", Asbacher Straße 4

Landesbasiskonferenz

28. Oktober 2017
 10:00 – 16:00 Uhr
 Sömmerda, Volkshaus, Weißenseerstraße 33

1.Tagung des 6.Parteitags

25. - 26. November 2017
 ganztägig
 Ilmenau, Festhalle

Öffnungszeiten:

Kreisgeschäftsstelle
 Dienstag 09:00 - 12:00 Uhr
 Mittwoch 17:30-19:00 Uhr

Abgeordnetenbüro Steffen Harzer (MdL)
 Eleonorenstraße 10
 98617 Meiningen
 Tel.: (03693) 8853530
 Montag bis Freitag 09:00 - 17:00 Uhr

Bürgerbüro Ronald Hande (MdL)
 Hoffnung 11
 98574 Schmalkalden
 Tel.: (03683) 4899927
 Montag, Mittwoch
 09:00 - 12:00 Uhr und 14:00 - 16:00 Uhr
 Donnerstag
 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 16:00 Uhr
 Freitag
 09:00 - 12:00 Uhr

Schmalkalder Straße 35
 98596 Brotterode-Trusetal
 Tel.: 036840 - 189970
 Mittwoch
 13:00 - 16:00 Uhr
 Freitag
 13:00 - 16:00 Uhr

Abgeordnetenbüro Ina Leukefeld (MdL)
 Rüssenstraße 19
 98527 Suhl
 Tel.: (03681) 728562

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge
 oder Pressemitteilungen (pm) trägt der Ver-
 fasser die alleinige Verantwortung.
 Nachdruck nur mit Genehmigungen der
 Redaktion.

**Wir trauern um:**

Elke Dotzauer, Brotterode-Trusetal
 Klaus Hinske, Neubrunn
 Karl Schönecker, Schmalkalden
 Erich Unversucht, Floh-Seligenthal